



„kommunalpolitisches forum“
Sachsen-Anhalt e.V.

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt

Erklärung der kommunalpolitischen Konferenz der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt und des „kommunalpolitischen forum“ Sachsen-Anhalt e.V.

Linke Kommunalpolitik ist auf die **Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge** als Voraussetzung für die Teilhabe aller an der gesellschaftlichen Entwicklung gerichtet. Dieses Ziel verfolgen linke KommunalpolitikerInnen in allen Teilen des Landes, in den Städten genauso wie in den Dörfern. Dort, wo sich Gemeinden positiv entwickeln genauso wie in den Bereichen, die durch Bevölkerungsverlust gekennzeichnet sind.

Um diese Aufgabe jedoch erfolgreich erfüllen zu können, benötigen die Kommunen vor allem **bessere und verlässliche finanzielle Voraussetzungen**. Leider ist die Situation in unserem Land dadurch gekennzeichnet, dass die Mehrheit der Kommunen nach wie vor unter der Kontrolle der Kommunalaufsicht Haushaltskonsolidierungen durchführen muss, die die kommunale Selbstverwaltung einschränken und die Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge behindern.

Gleichzeitig steigen die Steuereinnahmen des Landes Sachsen-Anhalt deutlich, und die Landesregierung geht davon aus, dass auf der Landesebene das Jammertal der Kürzungen durchschritten ist und man nun verstärkt gestaltend tätig werden könnte. Allerdings sollen die Kommunen des Landes von dieser Entwicklung vollständig abgekoppelt werden. Die dort steigenden Steuereinnahmen führen nach der bisherigen Systematik des Finanzausgleichsgesetzes dazu, dass die Zuschüsse des Landes sofort abgesenkt werden. Darüber hinaus enthält der Haushaltsentwurf der Landesregierung Berechnungstricks, die den Finanzbedarf der Kommunen künstlich herunterrechnen. So hat die Bundesregierung Finanzentlastungen für die Kommunen beschlossen, die nach dem Entwurf der Landesregierung jedoch sofort für die Entlastung des Landeshaushaltes vereinnahmt werden und nicht bei den Kommunen ankommen. Die so entstandenen Kürzungen des Finanzausgleichs für den Doppelhaushalt 2015/2016 um 90 Mio. Euro für das Jahr 2015 und um 100 Mio. Euro für 2016 sind völlig unakzeptabel und müssen korrigiert werden.

Der vorgelegte Haushalt der Landesregierung beweist, dass **finanzielle Spielräume für eine solche Korrektur sehr wohl vorhanden** sind.

Beispielsweise steigen die Mittel, die das Land über ministerielle Förderbescheide an die Kommunen ausgeben will, allein im Jahr 2015 um 60 Mio. Euro (ohne Berücksichtigung der Hochwassermittel). Hier wird eine Strategie der Landesregierung deutlich, die wenig mit fehlendem Geld aber viel mit fehlender Akzeptanz kommunaler Selbstverwaltung zu tun hat. Die Entscheidung über kommunale Daseinsvorsorge, insbesondere über Investitionen, wird immer mehr aus den Kommunen in die Landesministerien verlagert und soll offensichtlich in den Dienst des anstehenden Landtagswahlkampfes gestellt werden. Dagegen wehren wir uns entschieden! Diese Entwicklung muss rückgängig gemacht werden!

Öffentliche Daseinsvorsorge schließt nach unserem Verständnis alle Menschen ein, aber besonders diejenigen, die unsere Unterstützung am stärksten brauchen. Dies sind u. a. **Menschen, die aus ihrer Heimat wegen Krieg und Verfolgung** fliehen mussten. Es ist nicht nur Grundsatz linker Politik, sondern einfach Ausdruck menschlichen Anstandes, ihnen hier eine Existenz in Würde und Sicherheit zu gewährleisten. Dazu zählt vor allem eine Unterbringung, die es ihnen ermöglicht, zur Ruhe zu kommen und die vielfach erlebten Schrecken zu verarbeiten. Deshalb setzt sich DIE LINKE schon seit Jahren für die dezentrale Unterbringung in den Kommunen ein, und dies beinhaltet auch eine vollständige Kostenerstattung durch das Land für die dadurch entstehenden Aufwendungen der Kommunen. Wir bleiben bei dieser Position, auch jetzt, in einer Phase, in der steigende AsylbewerberInnenzahlen dazu führen, dass entsprechende Anstrengungen verstärkt werden müssen. Auch, wo es uns noch nicht gelingt, diesen Grundsatz der dezentralen Unterbringung vollständig und sofort umzusetzen, engagieren wir uns für eine Willkommenskultur sowie eine soziale und psychologische Betreuung, die sich sowohl auf die Unterbringung von AsylbewerberInnen als auch auf alle darüber hinaus möglichen Angebote erstrecken, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Magdeburg, 13. September 2014